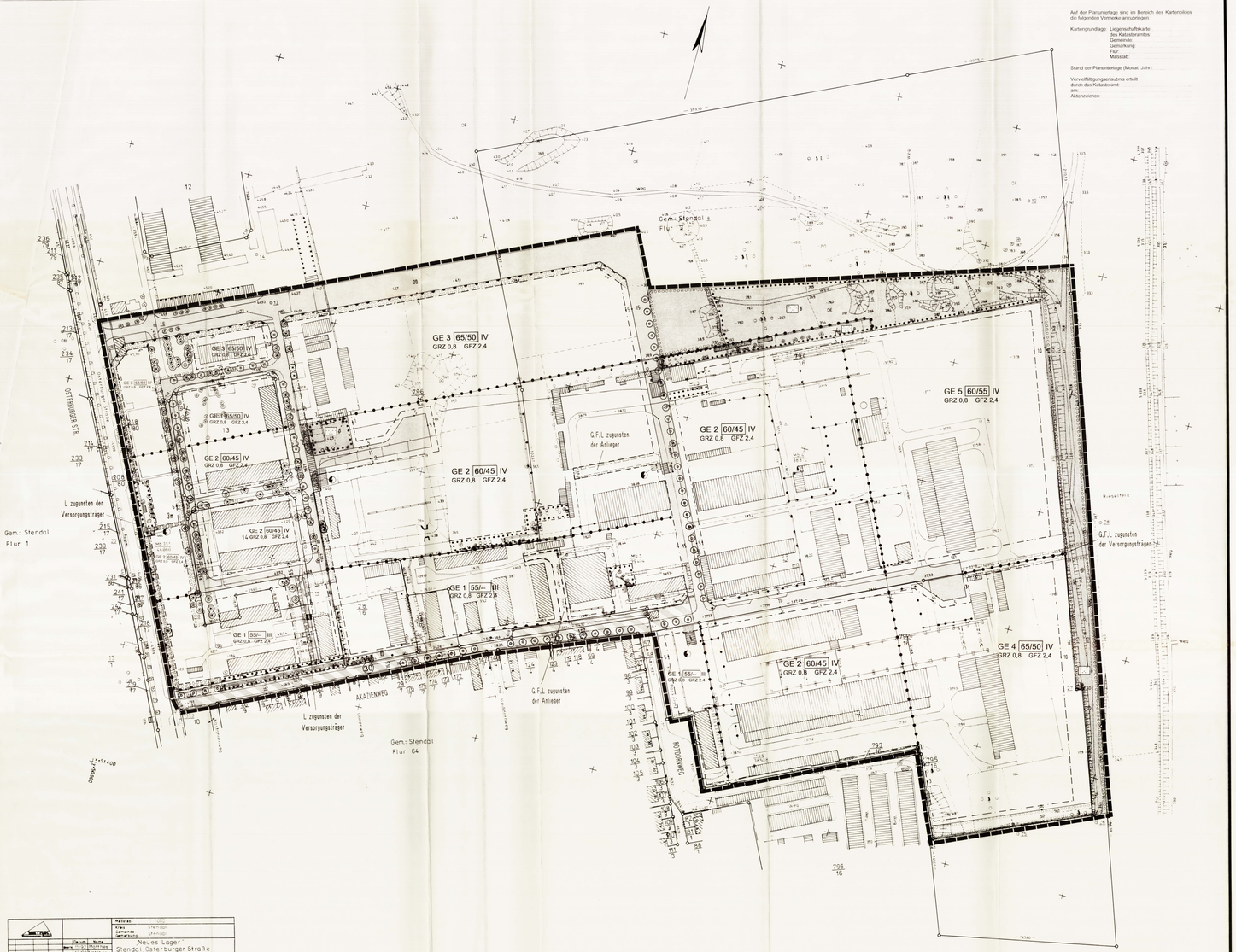



Auf der Planurterlage sind im Bereich des Kartenbildes die folgenden Vermerke anzubringen

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte:
des Katasteramtes
Gemeinde:
Gemarkung:
Flur:
Maßstab:

Stand der Planunterlage (Monat, Jahr):

Vervielfältigungserlaubnis erteilt
durch das Katasteramt
am:
Aktenzeichen:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | Maßstab: 1:1000 | | |
| | | | | | Kreis: Stendal | | |
| | | | | | Gemeinde: Stendal | | |
| | | | | | Gemarkung: | | |
| | | | | | Flur: | | |
| | | | | | Stand der Planunterlage: | | |
| | | Datum | Name | | Bauherr: | | |
| | Bearb. | 12.10.94 | Mühlhaus | | Standort: Neues Lager | | |
| | gez. | 12.10.94 | Mühlhaus | | Lage- und Höhenplan | | |
| | gepr. | | | | Maßstab: 1:1000 | Format: A0 | |
| | | | | | Auftr.-Nr.: 62.4.19 | | |
| Änderung | Datum | Name | | | Entw. | Ers. | |

## Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253) in der derzeit gültigen Fassung.

in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) in der derzeit gültigen Fassung.

in Verbindung mit dem Gesetz über die Bauordnung (BauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 1944 (GVBl. Nr. 37 S. 721) in der derzeit gültigen Fassung.

in Verbindung mit der Planzeichenverordnung (PlanzV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I. S. 58) in der derzeit gültigen Fassung.

## PLANZEICHENERKLÄRUNG

## FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§ 1 und 8 BauNVO)

GE — Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)

1 - 5 — Gliederung gem. Textl. Fests. Ziff. 1.1 - 1.5

z.B. 65/50 — Flächenbezogener Schallleistungspegel, Tagwert:Nachtwert gem. Textl. Fests. Ziff. 1.1

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GFZ 2,4 — Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)

GRZ 0,8 — Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)

z.B. III — Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 20 BauNVO)

3. BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

Baugrenze

überbaubare Grundstücksflächen

4. VERKEHRSFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

ausgenommen Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

F — Fußgängerbereich

30 — Geschwindigkeitsbegrenzung, max. 30 km/h

5. FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

E — Elektrizität

6. GRÜNFLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

öffentliche Grünflächen

p — private Grünflächen

7. PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und § 9 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. Textl. Fests. Ziff. 3.2 - 3.6

zu pflanzender Einzelbaum gem. Textl. Fests. Ziff. 3.2 - 3.6

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern gem. Textl. Fests. Ziff. 3.7

zu erhaltender Einzelbaum

8. SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung und/oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

HINWEISE

Vorgeschlagene Grundstücksgrenze

BESTANDSANGABEN

Flurstücke
Flurstücksgrenzen

vorhandene Gebäude

vorhandene Böschungen

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Rechtsgrundlagen

1 Art der baulichen Nutzung — § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 1 Abs. 4 BauNVO

Das Gewerbegebiet ist gem. § 1 Abs. 4 BauNVO gegliedert; betriebliche Nutzungen der hier genannten gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind nicht zulässig.

Durch Betriebe in den Gebieten GE 1 bis GE 5 dürfen die folgenden flächenbezogenen Schallleistungspegel $L_{WA}$ nicht überschritten werden:

GE 1: 55 dB(A) gm (Tag/Nacht)
GE 2: 60/45 dB(A) gm (Tag/Nacht)
GE 3, GE 4: 65/50 dB(A) gm (Tag/Nacht)
GE 5: 60/55 dB(A) gm (Tag/Nacht)

1.1.1 Schallminderungen, die bei konkreten Einzelvorhaben durch Abschirmmaßnahmen erreicht werden, können in Form eines Schirmwertes $\Delta L_z$ berechnet z.B. VDI gem. VDI 2720) bezogen auf den maßgebenden Aufpunkte den Wert des Immissionsschallleistungspegels zugerechnet, werden.

1.1.2 Umverteilungen der prangegebenen Emissionswerte können im konkreten Einzelfall durch schalltechnischen Nachweis unter Berücksichtigung der zulässigen Gesamtimmissionen erfolgen.

1.2 Der Runderlaß des MU vom 26.08.1993 (Abstandserlaß) ist anzuwenden.

1.3 Im GE 1 wird gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO der gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 1 allgemein zulässige Gewerbebetrieb insoweit eingeschränkt, daß die zulässige Nutzung nicht zulässig ist: Einzelhandelsgeschäfte über 700 qm Nettoverkaufsfläche.

§ 1 Abs. 5 und Abs. 9 BauNVO

1.4 Im GE 2 bis GE 5 werden gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO die gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 1 allgemein zulässigen Gewerbebetriebe aller Art insoweit eingeschränkt, daß die folgenden Nutzungen nicht zulässig sind:
Einzelhandelsgeschäfte.

§ 1 Abs. 5 und Abs. 9 BauNVO

1.5 Im GE 1 bis GE 5 sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO die folgenden gemäß § 8 Abs. 2 allgemein zulässigen Gewerbebetriebe nicht zulässig:
Anlagen für sportliche Zwecke.

§ 1 Abs. 5 BauNVO

2 Maß der baulichen Nutzung

2.1 Gem. § 20 Bau NVO wird die Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze festgesetzt.

§ 20 BauNVO

2.2 Unabhängig von der festgesetzten Geschoßzahl wird für alle baulichen Anlagen eine Höhenbegrenzung gem. § 16 Bau NVO von 61 m über NHN (= 55,5 m über Urleuniggelände) festgesetzt.

§ 16 BauNVO

Ausnahmen können zugelassen werden, wenn es Luftfahrtbehörde zustimmt.

2.3 Überschreitungen der Grundflächenzahl von 0,8 durch Stellplätze und deren Zufahrten sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nur bis zu einer Grundflächenzahl von 0,9 zulässig, wenn eine gleiche Fläche der auf die zulässige Grundfläche von 0,8 anzurechnen ist, in wasserdurchlässigen Materialien wie z.B. Pflaster mit mindestens 2 cm breiten grasdurchwachsenen Fugen oder Rasengittersteinen gestaltet werden.

§ 19 Abs. 1 Nr. 25 x und b BauGB

3 Anpflanzen von Bäumen Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen.

3.1 Laubbäume sind zu erhalten oder im Falle des Abgangs zu ersetzen.

3.2 In den so gekennzeichneten Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind mindestens 1 Pflanze je qm anzupflanzen; in einem Rasterabstand von 1,00 - 1,00 m. Die Pflanzen sind in einer Mindestqualität von 1 x v. 150 cm groß zu pflanzen. Der Baumanteil beträgt 10 %. Die Größe der Straucher muß mindestens 60 - 100 cm betragen, 2 x verpflanzt. Es sind nur Gehölze entsprechend der nachstehenden Gehölzliste zu verwenden.

Innerhalb dieser Flächen sind max. 2 Grundstückszufahrten je Grundstück mit einer Gesamtbreite von je 9,00 m zulässig. Bei Grundstücken mit über 80,00 Frontlänge sind max. 3 Zufahrten von je 9,00 m Gesamtbreite zulässig.

3.3 Pflanzliste

Bäume

| | |
|---|---|
| Acer campestre | Feldahorn |
| Acer platanoides | Spitzahorn |
| Acer pseudoplatanus | Bergahorn |
| Alnus glutinosa | Schwarzerle |
| Betula pendula | Sandbirke |
| Betula pubescens | Moorbirke |
| Fagus sylvatica | Rotbuche |
| Fraxinus excelsior | Esche |
| Populus alba | Silberpappel |
| Populus tremula | Aspe |
| Prunus avium | Vogelkirsche |
| Prunus padus | Traubenkirsche |
| Quercus robur | Stieleiche |
| Salix alba | Silberweide |
| Salix caprea | Salweide |
| Sorbus aucuparia | Eberesche |
| Tilia cordata | Winterlinde |

Sträucher

| | |
|---|---|
| Berberis vulgaris | Gemeine Berberitze |
| Cornus sanguinea | Hartriegel |
| Corylus avellana | Hasel |
| Crataegus laevigata | Weißdorn |
| Crataegus monogyna | Weißdorn |
| Euonymus europaeus | Pfaffenhütchen |
| Ligustrum vulgare | Liguster |
| Lonicera xylosteum | Rainweide |
| Prunus padus | Traubenkirsche |
| Prunus spinosa | Schlehe |
| Rhamnus frangula | Faulbaum |
| Rhamnus catharticus | Kreuzdorn |
| Rosa canina | Hundsrose |
| Rubus fruticosus | Brombeere |
| Salix caprea | Salweide |
| Salix cinerea | Grauweide |
| Sambucus nigra | Schwarzer Holunder |
| Viburnum lantana | Wolliger Schneeball |
| Viburnum opulus | Wasserschneeball |

3.4 Böschungen sind entsprechend der Pflanzliste des Bebauungsplans einzugrünen.

3.5 In 5 Stellplätze ist ein großkroniger Baum, entsprechend der Pflanzliste, mit Umgrünungsbegrünung zu pflanzen, und zwar auf einer Mindestfläche von je 8 qm.

3.6 Eine Verschiebung der im Bebauungsplan festgesetzten Bäume im Straßenraum, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB ist ausnahmsweise bis zu 3,00 m zulässig, wenn dies durch die endgültige Lage der Grundstückszufahrten, Hydranten, Hausanschlüsse, Gasgasmaßnahmen begründet ist. Eine Unterschreitung der Anzahl der festgesetzten Bäume ist nicht zulässig.

3.7 Innerhalb der so ● ● ● gekennzeichneten Flächen sind im Baumkronenbereich bestehender Bäume Abgrabungen, Aufschüttungen und Versiegelungen nicht zulässig.

4 Stellplätze und Garagen

Garagen dürfen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden.

Stellplätze und deren Zufahrten sind in wasserdurchlässigen Materialien wie z.B. Pflaster mit mindestens 2,0 cm weiten, grasdurchwachsenen Fugen oder in Rasengittersteinen auszuführen.

5 Nebenanlagen

Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 1 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO sind innerhalb des gesamten Geltungsbereichs zulässig, sofern sie so weit eingegrünt werden, daß sie der Sicht von öffentlichen Verkehrsflächen aus entzogen sind.

6 Baugrenzen

Im Plangebiet ist ein Vorspringen von Gebäudeteilen über die Baugrenze bis 1,0 m Tiefe in max. 3,0 m Breite je 20,0 mm Baugrenze ausnahmsweise zulässig.

## VERFAHRENSVERMERKE

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 1 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) sowie § 87 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 23. Juni 1994 (GVBl. LSA Nr. 31/1994 S. 723) in § 9 Abs. 4 BauGB und des § 6 der Gemeindeordnung vom 05. Oktober 1993, in den derzeit gültigen Fassungen, hat der Stadtrat der Stadt Stendal diesen Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen mit örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung als Satzung beschlossen.

Die darzugehörende Begründung wird gebilligt.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stendal hat in ihrer Sitzung am 14.03.1994 die Aufstellung des Bebauungsplanes „4/91 "Neues Lager"" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist ortsüblich bekanntgemacht worden.

gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 23.03.1994

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 BauGB beteiligt worden.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 22.04.92 durchgeführt worden. Auf die Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB wird mit Schreiben vom ... verzichtet.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 16.03.94 mit der Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Festlegungen einwandfrei. Die Übertragbarkeit der Grenzen in die Örtlichkeit ist möglich.

Stendal, den 13.4.95

Vermessungsstelle

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von PLANUNGSBÜRO SCHRÖDER + BAVAJ BERLIN/AACHEN

Aachen, den 21.04.1995

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stendal hat in ihrer Sitzung am 14.07.1994 dem Entwurf des Bebauungsplanes „4/91 "Neues Lager"" mit der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 23.07.1994 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes „4/91 "Neues Lager"" hat mit Begründung vom 31.07.1994 bis 05.09.1994 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Stendal hat in seiner Sitzung am ... den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1, 2, Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ... ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung haben vom ... bis ... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Stendal, den ...
Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Stendal hat in seiner Sitzung am ... den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1, 2 BauGB beschlossen. Ort und Gegenstand der Auslegung wurden am ... ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung haben vom ... bis ... gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Stendal, den ...
Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Stendal hat den Bebauungsplan „4/91 "Neues Lager"" nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 20.03.1995 als Satzung gem. § 10 BauGB sowie die Begründung gebilligt.

Stendal, den 10.04.1995
Oberbürgermeister

Der Bebauungsplan ist dem Regierungspräsidium am ... gem. § 246a Abs. 1 Nr. 4 BauGE zur Genehmigung vorgelegt worden. Das Regierungspräsidium hat die Genehmigung mit Verfügung vom (Az.: ...) unter Auflagen und Maßgaben sowie Hinweisen erteilt.

Magdeburg, den ...
Regierungspräsidium

Die Auflagen und Maßgaben wurden durch den Beschluß des Stadtrates vom ... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung vom ... bestätigt.

Stendal, den ...
Oberbürgermeister

Der Bebauungsplansatzung gefertigt.

Stendal, den 13.07.1995

wird hiermit ausgefertigt.
Oberbürgermeister

Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes Nr. 4/91 und der örtlichen Bauvorschrift über Gestaltung sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 12.07.1995 im Amtsblatt für den Landkreis Stendal / Zeitung für die Altmark Nr. 28 vom 12.07.1995 ortsüblich bekanntgemacht worden. Auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246a Abs. 1 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 12.07.1995 in Kraft getreten.

Stendal, den 13.07.1995
Oberbürgermeister

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschrift über Gestaltung nicht geltend gemacht worden.

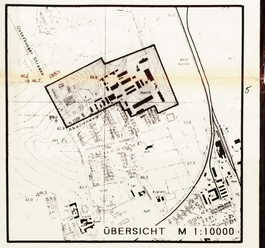
Stendal, den 13.07.96
Oberbürgermeister

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes Bauvorschrift über Gestaltung sind Mängel und Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Stendal, den ...
Oberbürgermeister

HINWEIS:

1. Gemäß § 9 (1) des DSchG LSA unterliegen archäologische Kulturdenkmale dem Schutz des Gesetzes.
2. Gemäß § 9 (3) des Gesetzes sind neu entdeckte archäologische Bodenfunde der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Stendal zu melden. Bodenfunde sind mit den Merkmalen eines Kulturdenkmales bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen.
3. Der Bodenfund und die Fundstelle sind vor Gefahren für die Erhaltung der Bodenfunde zu schützen.
Das Landesamt für archäologische Denkmalpflege und von ihm Beauftragte sind berechtigt, die Fundstelle nach archäologischen Befunden zu untersuchen und Bodenfunde zu bergen.




Kartengrundlage: Auszug aus Top. Karten 1:10 000
Blätter Nr. Nr. N 32-132-B-a 2
N 32-132-B-a 4
Ausgabejahre 1991
Herausgeber: Landesamt für Landesvermessung und Datenverarbeitung
Vervielfältigungserlaubnis erteilt durch: Landesamt für Landesvermessung und Datenverarbeitung, Sachsen-Anhalt
Aktenzeichen: LVermV/295/94

URSCHRIFT
1. Ausfertigung

STADT STENDAL

BEBAUUNGSPLAN NR. 4/91

"NEUES LAGER" M 1 : 1000

Anlage 2 DS VIII/0224